



Nr. 30

8. September 2022

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Gipfel der Bundesregierung

[Fachkräftegewinnung: Der Staat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht](#)

Energiepreis-Explosion und Inflation

[Entlastungen für alle zügig umsetzen](#)

Mitreden, mitarbeiten, mitentscheiden

[Einkommensrunde von Bund und Kommunen: Branchentage gestartet](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bundesländer

[Entlastungspaket: Unterstützung auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nötig](#)

Thüringen

[Amtsangemessene Alimentation: Knapp 1.000 Klagen eingegangen](#)

Nordrhein-Westfalen

[Landtagspräsident André Kuper im Gespräch mit Roland Staude](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Digitalpakt: Noch viele Hürden zu überwinden!](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Gipfel der Bundesregierung Fachkräftegewinnung: Der Staat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht

**Vor dem „Fachkräftegipfel“ der Bundesregierung haben ver.di und der dbb angemahnt, dass Bund, Länder und Kommunen selbst erheblichen Nachholbedarf bei der Personalgewinnung haben.**

Es sei grundsätzlich zu begrüßen, dass die Bundesregierung das Problem des Fachkräftemangels weiterhin strategisch angehen wolle, erklärten der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke und der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach gemeinsam am Dienstag. So müsse etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Gesetzgeber weiter verbessert werden, beispielsweise durch die Einführung von Familienpflegezeit und -geld. Entscheidend seien aber ebenso massive Investitionen in die Stärkung des öffentlichen Dienstes.

Ein Schlüssel zur Stärkung der Fachkräftebasis, so die Gewerkschafter, ist etwa die Bildung. In den Kitas, Schulen – insbesondere den Berufsschulen – und Universitäten sei der Fachkräftemangel aber ebenfalls längst bittere Realität. Der Staat müsse daher auch vor der eigenen Tür kehren: Neben zusätzlichen Stellen würden bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gebraucht. Dabei geht es nicht nur um die Bezahlung, sondern beispielsweise auch um Ausstattung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Von der notwendigen, aber bisher verschlafenen Verwaltungsdigitalisierung ganz zu schweigen.

„Wir brauchen eine ‚Verantwortungsgemeinschaft‘ von Bund, Ländern und Sozialpartnern, um ein bundesweit attraktives Aus- und Weiterbildungssystem zugunsten von Kitas und Schulen zu schaffen. Mehr noch: Im Gesundheits- und Altenpflegebereich lässt sich der Fachkräftemangel nur mit einer bedarfsgerechten Personalausstattung und einer flächendeckenden Tarifbindung beheben. Und wir brauchen ein Gesamtkonzept für eine duale Ausbildung von Heilberufen“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Ulrich Silberbach betonte: „Wie in so vielen Bereichen haben wir kein Erkenntnis- sondern eine Umsetzungs-Problem. Es ist lange bekannt, dass uns im öffentlichen Dienst schon heute über 360.000 Beschäftigte fehlen. Und der demografische Wandel macht natürlich auch vor der Verwaltung nicht halt: In der kommenden zehn Jahren gehen allein 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand, die ersetzt werden müssen. Bund, Länder und Kommunen gehen diese Probleme aber immer noch zu zögerlich an. Um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, hat der Staat also in der Gesetzgebung und in der eigenen Personalpolitik seine Hausaufgaben nicht gemacht.“

## Energiepreis-Explosion und Inflation Entlastungen für alle zügig umsetzen

**dbb Chef Ulrich Silberbach fordert eine zügige Umsetzung des neuen Entlastungspakets - insbesondere müssten nun auch alle Menschen im Ruhestand zum Zuge kommen.**

„Die von der Bundesregierung im dritten Entlastungspaket beschlossenen Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürgern von Energiepreis-Explosion und Inflation gehen in die richtige Richtung. Entscheidend ist es jetzt, diese zügig und für alle umzusetzen. Insbesondere die Energiepreispauschale von 300 Euro muss allen Versorgungsempfängerinnen und -empfängern zukommen – nicht nur denen des Bundes, sondern ebenso denen der Länder und Kommunen. Alles andere wäre eine Fortsetzung der großen Ungerechtigkeiten aus den vergangenen Entlastungspaketen gegenüber jenen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und nun genauso unter den hohen Kosten leiden

wie die Erwerbstätigen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 5. September 2022 in Berlin. „Nachdem der Bund die Übertragung der Energiepreispauschale bereits zugesichert hat, sind nun die Länder am Zug.“ (Reaktionen aus den Ländern siehe „Aus dbb Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften“)

Der Vorsitzende der dbb senioren Horst Günther Klitzing unterstrich die Forderung und betonte: „Dass jetzt auch Rentnerinnen und Rentner sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes finanzielle

Unterstützung in der Krise erhalten, war überfällig. Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit der Strompreisbremse ein Instrument geschaffen, das auch Menschen im Ruhestand zu Gute kommt. Besonders begrüßen wir auch die Erweiterung des Empfängerkreises für Wohngeld und den daran gekoppelten Heizkostenzuschuss.“

Die dbb jugend sieht beim gerade beschlossenen dritten Entlastungspaket der Bundesregierung besonders für junge Menschen und Familien noch Verbesserungspotenzial. „Das Volumen von 65 Milliarden Euro zeigt den guten Willen der Ampel, aber unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit ist es definitiv ausbaufähig“, sagte der dbb Vorsitzende Matthäus Fandreyewski. Gerade Menschen mit geringeren Einkommen, zu denen oft auch Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger gehören, würden nicht zielgerichtet genug unterstützt. „Auch die Kindergelderhöhung bringt zu

wenig Entlastung für junge Familien, die geplante Einmalzahlung für Studierende hilft nur sehr kurz. Und Klimaschutz und Einhaltung der Schuldenbremse – beide elementar wichtig für die kommenden Generationen – drohen gleichermaßen hinten über zu fallen.“

Die dbb frauen kritisierten, dass viele Maßnahmen an der Lebenswirklichkeit von Frauen vorbeigingen. „Haushalte mit niedrigem Einkommen, zu denen insbesondere viele Alleinerziehende, überwiegend Frauen, zählen, treffen die steigenden Preise besonders hart. Deswegen hätten wir uns mehr Passgenauigkeit bei den Maßnahmen erhofft“, sagte dbb frauen Vorsitzende Milanie Kreutz. „Gerade die alleinerziehenden Frauen haben ein erhöhtes Risiko, in Armut zu leben, und agierten schon vor der Inflation überwiegend an ihrer finanziellen Belastungsgrenze. Sie haben überhaupt keinen Puffer für ungeplante Ausgabensteigerungen, geschweige denn für Preise, die derzeit kein Limit nach oben kennen.“

Mitreten, mitarbeiten, mitentscheiden

## **Einkommensrunde von Bund und Kommunen: Branchentage gestartet**

**Anfang 2023 beginnt die Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Die dbb Branchentage, bei den mögliche Forderungen diskutiert werden, starten bereits jetzt.**

„Mitreten, mitarbeiten, mitentscheiden – wenn wir die anstehende Einkommensrunde mit Bund und Kommunen erfolgreich gestalten wollen, dann geht das nur gemeinsam. Die Verhandlungen starten am 24. Januar 2023. Die zweite Runde findet am 22. und 23. Februar 2023 statt und die Abschlussrunde geht vom 28. bis 30. März 2023. Ob wir dabei erfolgreich sein werden, entscheidet sich bundesweit. Nur wenn wir geschlossen und gut sichtbar auftreten, können wir in schwerer Zeit ein gutes Ergebnis erzielen.“ Mit diesen Worten schwor dbb Tarifchef Volker Geyer am 6. September 2022 beim Start der Branchentage in Dortmund die Mitglieder der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) aus dem Hauptzollamt Dortmund auf die kommenden Monate ein.

Von der Einkommensrunde sind die Arbeitnehmenden der Kommunen sowie die Arbeitnehmenden und Beamtinnen und Beamten des Bundes direkt oder indirekt betroffen. Bis zum 11. Oktober 2022, wenn die Bundestarifkommission die Forderung zur Einkommensrunde beschließen wird, finden bundesweit zahlrei-

che Branchentage statt. Ziel ist es, intern mögliche Forderungen zu diskutieren und ihre Durchsetzbarkeit zu prüfen. „Denn es ist klar: Forderungen ohne Aktionsfähigkeit sind bloß eine Wunschliste“, wies Geyer direkt zu Beginn auf die Bedeutung hin, die die Mitarbeit aller Fachgewerkschaften und aller Mitglieder hat.

Den ersten Branchentag eröffnete Geyer gemeinsam mit Stefan Walter, Vorsitzender des BDZ Westfalen und des Dortmunder Personalarats, und Adelheid Tegeler, Stellvertretende Bundesvorsitzende des BDZ und Mitglied der dbb Bundestarifkommission. Die Teilnehmenden diskutierten, welche Probleme ihren Arbeitsalltag bestimmen. Dabei stand der Personalmangel ganz deutlich im Vordergrund. Deutlich wurde, dass die Ausgangslage für die anstehenden Tarifverhandlungen durch die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine, aber insbesondere durch die starke Inflation sehr schwierig werden. „Die Kolleginnen und Kollegen haben hohe Erwartungen, zeigen sich aber gleichermaßen aktionsbereit“, fasste Volker Geyer die Diskussion zusammen. „Die Einkommensbedingungen der Beschäftigten müssen dringend verbessert werden. Denn

alle wissen: Ohne den öffentlichen Dienst läuft in Deutschland nichts! Das gilt auch und besonders in Krisenzeiten.“

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Bundesländer

### **Entlastungspaket: Unterstützung auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nötig**

**Der Bund will seinen allen Versorgungsempfängerinnen und -empfängern die Energiepreispause von 300 Euro zahlen, die im jüngsten Entlastungspaket für Rentnerinnen und Rentner vorgesehen sind. Die Länder sollen dem Beispiel folgend.**

Das fordert nicht nur dbb Chef Ulrich Silberbach (siehe „dbb aktuell“), sondern auch die Vorsitzenden der dbb Landesbünde. „Das ist eine Frage der Gerechtigkeit: Es darf keine Ungleichbehandlung zwischen Pensionärinnen und Pensionären des Bundes und des Landes geben“, sagte Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW.

„Bayern muss jetzt schnell handeln“, verlangte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), von der Staatsregierung. Bayerns öffentlicher Dienst übernehme bundesweit eine Vorreiterrolle in vielerlei Hinsicht. „Deshalb ist die Bayerische Staatsregierung jetzt auch in besonderer Art und Weise gefragt. Ich sehe keinen vertretbaren Grund, die Versorgungsberechtigten in Bayern hier außen vor zu lassen.“

Auch der BBW erwartet, dass die baden-württembergische Landesregierung entsprechend handeln wird. „Alles andere wäre den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern im Land nicht zu vermitteln“, warnte BBW Chef Kai Rosenberger. Der Ärger innerhalb dieses Personenkreises sei nämlich nach wie vor riesengroß, weil man den Pensionären bei der Übertragung des Tarifergebnisses TV-L 2021 die Corona-Sonderzahlung verweigert und damit eine Nullrunde zugemutet habe.

Der dbb Landesvorsitzende in Hessen, Heini Schmitt, betonte, die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes würden bei der derzeitigen Konstellation leer ausgehen. „Darum ist es wichtig, dass auch das Land Hessen eine entsprechende Regelung nachzieht. Es ist wichtig, dass diese Gruppe nicht vergessen wird, denn die hessischen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zahlen die gleichen Preise wie alle anderen auch.“

Für den dbb in Mecklenburg-Vorpommern stellte der Vorsitzende Dietmar Knecht fest: „Es kann nicht sein, dass angesichts der teilweise dramatischen Teuerungsrate die Pensionärinnen und Pensionäre zum wiederholten Male bei einer Sonderzahlung nicht bedacht werden. Ich habe daher vorgeschlagen, die Einmalzahlung in das aktuell laufende Gesetzgebungsverfahren zur Besoldungsanpassung zum 1. Dezember einzubetten.“

Der SBB wies für Sachsen darauf hin, dass wegen der Zuständigkeiten im föderalen System der Bund zwar eine Entlastung für alle Rentnerinnen und Rentner, nicht aber für die Ruhestandsbeamtinnen und -beamten in den Ländern regeln könne. „Der Freistaat ist deshalb hier in der Pflicht! Die hohen Energiekosten, die auch Menschen im Ruhestand treffen, unterscheiden nicht nach Rente oder Pension. Beide Gruppen müssen gleichermaßen entlastet werden“, hieß es vom Landesbund.

Die niedersächsische Landesregierung erhielt ebenfalls eine deutliche Aufforderung, eine entsprechende Regelung zu treffen. „Es kann nicht sein, dass angesichts der teilweise dramatischen Inflationssituation die niedersächsischen Pensionäre zum wiederholten Male bei einer Sonderzahlung nicht bedacht werden. „Wir fordern die niedersächsische Landesregierung und insbesondere den Ministerpräsidenten auf, jetzt tätig zu werden und den Ankündigungen der letzten Wochen Taten folgen zu lassen“; so der 1. Landesvorsitzende des NBB Alexander Zimbehl.

Ewald Linn, dbb Landeschef im Saarland, sagte: „Die saarländische Landesregierung ist aufgefordert, hier gleichzuziehen und eine ent-

sprechende Einmalzahlung in mindestens gleicher Höhe auch für die eigenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger kurzfristig zu realisieren. Denn angesichts der teilweise dramatischen Inflationssituation müssen auch die saarländischen Pensionäre und Witwen in dieses Entlastungspaket mit einbezogen werden. Das gebietet schon allein der Gleichheitsgrundsatz.“

In Hamburg ist der Senat laut dbb hamburg „noch in der so genannten ‚Meinungsbildung‘“. „Die Pensionäre und Pensionärinnen sind bislang bei jeglichen Entlastungspaketen völlig außen vor geblieben; die hohe Inflation trifft alle. Wenn die Politik ihr neues Maßnahmenpaket unter der Überschrift ‚Deutschland steht

zusammen‘ firmiert, kann es nicht sein, dass hier schon wieder gewisse Filterfunktionen angewandt werden. Dann wird man richtig ungläubig und befördert ein weiteres Mal die Politikverdrossenheit“, stellte dbb Landeschef Rudolf Klüver klar.

Auch in der Hauptstadt hatte dbb Landeschef Frank Becker den Senat von Berlin aufgefordert, mit den Regelungen des Bundes gleichzuziehen. „Wir dürfen die Pensionäre und Pensionärinnen in Berlin nicht wieder vergessen“, so Becker.

Der Berliner Finanzsenator Daniel Wesener hat mittlerweile angekündigt, der Forderung entsprechen zu wollen.

## Thüringen

### **Amtsangemessene Alimentation Knapp 1.000 Klagen eingegangen**

**Nach Rücksprache mit den drei Thüringer Verwaltungsgerichten sind dort insgesamt aktuell knapp 1.000 Klagen von Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen sowie Richterinnen und Richtern eingegangen, teilte der thüringer beamtenbund (tbb) am 7. September 2022 mit.**

Da im Bereich der Kommunen und der Schulen noch nicht alle Widersprüche verbeschieden wurden beziehungsweise die Widerspruchsbescheide übermittelt worden sind, sei noch mit weiteren Klageeingängen zu rechnen.

Die Thüringer Verwaltungsgerichte (Weimar, Meiningen, Gera) stünden hierzu auch im Aus-

tausch untereinander. Für den weiteren Verfahrensablauf sei die Zielstellung, bis zum Jahresende 2022 entsprechende Fallgruppen zu bilden, da man davon ausgeht, dass bis dahin die Widersprüche alle verbeschieden seien. Hiernach besteht die Idee, aus den gebildeten Fallgruppe entsprechende Musterfälle heraus zu nehmen. Diese sollen wiederum in der ersten Jahreshälfte 2023 terminiert sein.

## Nordrhein-Westfalen

### **Landtagspräsident André Kuper im Gespräch mit Roland Staude**

**Ende August traf sich der Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, mit Landtagspräsident André Kuper. Hauptthema waren die zunehmend brutaler werdenden gewalttätigen Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Beide waren sich einig: Hier muss die Gesellschaft ein Zeichen setzen.**

Landtagspräsident Kuper warb für eine Kampagne, in die er ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte einbinden möchte, um verloren gegangenen Respekt wiederherzustellen. Kuper: „Wir alle müssen den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Rücken stärken. Wir brauchen ein großes Bündnis aus Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Industrie

und Medien.“ Roland Staude nahm diesen Vorschlag gern mit und will nun die Mitgliedsgerkschaften des DBB NRW für dieses Projekt gewinnen.

---

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Digitalpakt: Noch viele Hürden zu überwinden!**

**Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, hat am 6. September 2022 den Stand der Mittelverwendung im Digitalpakt bewertet.**

„Wir begrüßen den Wunsch der politisch Verantwortlichen, die Mittelvergabe des Digitalpakts zu beschleunigen. Dazu gehört aus Sicht des VBE zwingend, dass bestehende bürokratische Hürden schnellstmöglich abgebaut werden und es endlich zu einem niedrighschwelligem Vergabeverfahren kommt“, so Beckmann.

Fakt sei aber auch: Breitband und WLAN seien längst noch nicht an allen Schulen angekommen. „Nicht nur angesichts des dramatischen Lehrkräftemangels muss unbedingt sichergestellt werden, dass Schulen angemessen bei

der Administration unterstützt werden und keine Lehrkräfte dafür beansprucht werden. Darüber hinaus brauchen Lehrkräfte endlich Rechtssicherheit bei der Nutzung digitaler Medien. Fragen des Urheberrechts und aktueller Datenschutzrichtlinien zu beantworten, darf nicht Aufgabe der Lehrkräfte sein. Auch sorgt die Frage für Unsicherheit, ob Dienstgeräte nur für die Unterrichtsvorbereitung oder auch für die Datenverwaltung genutzt werden dürfen. Gleiches gilt für die mangelnde Rechtssicherheit bei Verlust oder Beschädigung“, erklärte der VBE Chef.

## ***Namen und Nachrichten***

Der **dbb berlin** benennt seinen Landesvorsitzenden Frank Becker für den Rundfunkrat des rbb berlin-brandenburg. Das hat die Landesleitung des dbb berlin am 6. September 2022 einstimmig beschlossen. Becker wird damit in der kommenden vierjährigen Wahlperiode des Rundfunkrats den noch bis Februar 2023 amtierenden Landesvorsitzenden des dbb brandenburg, Ralf Roggenbuck, ablösen. Laut Staatsvertrag ist eine alternierende Mitgliedschaft der beiden dbb Landesbünde im rbb Rundfunkrat vorgesehen.

Der Rechtspflegertag das höchste Gremium des Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), findet alle vier Jahre statt. Die nächste Tagung vom 14. bis 16. September 2022 in Berlin wird sich mit den Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit in Europa befassen. „Wir haben das Thema ‚Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Europa‘ als Motto unseres Rechtspflegertages gewählt, weil wir bewusst machen wollen, dass unser Rechtsstaat nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen werden sollte“, so der BDR Bundesvorsitzende Mario Blödtner. „Und wenn die Justiz ihre stabilisierende Rolle und ihre Aufgaben sachgerecht erfüllen soll, muss sie auch entsprechend ausgestattet sein.“

## **Termine:**

14. September 2022, Online

**Geh, hör! #digital - Ideenwerkstatt des dbb**

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/veranstaltungen/geh-hoer.html>

27. - 30. November 2022, Berlin

**dbb Gewerkschaftstag 2022**

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.

---